

Rollenprofil (Szenario 3)

Bulgarien



Hauptstadt	Sofia
Sprache	Bulgarisch
Einwohner	7 Millionen
BIP pro Kopf	ca. 6.000€
Arbeitslosenquote	11,4%



Sie sind Vertreterin/Vertreter des Landes Bulgarien. Die bulgarische Wirtschaft ist nicht besonders stark. Das BIP ist im Vergleich mit anderen EU-Staaten sehr niedrig. Aber die Wirtschaft wächst auch in der Krise weiter, das ist gut. Kurz nach dem EU-Beitritt war das Wirtschaftswachstum sogar noch höher. Die Arbeitslosigkeit ist nicht niedrig. Im Vergleich mit anderen Staaten der EU jedoch noch in Ordnung.

Bulgarien ist 2007 der Europäischen Union beigetreten. Sie haben stark von der EU profitiert: Die Wirtschaft ist stärker. Trotzdem haben Sie noch einige Probleme in Ihrem Land: Die Korruption ist zum Beispiel sehr hoch. Hier sind Sie noch nicht auf dem Niveau der EU und müssen sich weiter anpassen. Europa ist für Sie jedoch weiterhin wichtig und eine große Hilfe. Daher sind Sie stolz, ein Teil der Gemeinschaft zu sein. Mit 7 Millionen Einwohnern haben Sie eher wenig Einfluss in der EU.

Durch die wirtschaftlichen Entwicklungen stehen Sie der EU generell positiv gegenüber. Sie sehen die Vorteile durch eine starke Union. Sie wissen, dass bereits viel in Brüssel und Straßburg entschieden wird. Das war schon vor dem Beitritt 2007 klar und das akzeptieren Sie auch. Trotzdem ist es Ihnen wichtig, dass auch viel in Sofia entschieden wird. Bei manchen europäischen Projekten machen Sie noch nicht mit: In Bulgarien bezahlt man zum Beispiel mit „Bulgarischen Lew“ und nicht mit Euro. Ihre Wirtschaft ist noch nicht stark genug, um die Bedingungen für einen Beitritt zum Euro zu erfüllen.

In der Finanzierungsfrage sind Sie für Vorschlag 2 (Die EU finanziert sich aus einer Kombination aus Steuer und Beiträgen der Mitgliedstaaten). Dies hat für Sie den Vorteil, dass Ihr Staatshaushalt etwas entlastet wird. Daher haben Sie mehr Geld für Investitionen übrig. Über eine Steuer würden die Bürgerinnen und Bürger die EU direkt finanzieren. Das wird vielen nicht gefallen, denn niemand zahlt gern Steuern. Sie sehen hier jedoch den großen Vorteil, dass Ihr Staat mehr Geld für Investitionen zur Verfügung hat. Sie würden es akzeptieren, in diesem Bereich Macht nach Brüssel abzugeben, da dort über die Höhe der Steuer entschieden wird. Sie halten es für richtig, dass sowohl der Staat als auch die Bürgerinnen und Bürger den EU-Haushalt finanzieren. Sie halten das für eine faire Lösung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zwar mehr Steuern zahlen, aber der Staat hat mehr Geld zur Verfügung, um zu investieren.